

Gewerkschaftspolitik

Diskussion über Gewerkschaftstheorie

*Zusammenfassung der Diskussion
zum Beitrag von H. O. Vetter*

Die Diskussion wurde mit dem Vorwurf von Dr. Rolf Fischer (*Frankfurter Rundschau*) eröffnet, daß die Einheitsgewerkschaft als ein Feigenblatt vor mangelnder Theorie diene; auch enthalte Veters Referat weder eine Analyse des Status quo noch klare Zieldefinitionen. Harald Pawlowski (*Publik*) fragte nach den Lösungsmöglichkeiten für die finanziellen Schwierigkeiten, die durch immer weitergehende öffentliche Funktionen der Gewerkschaften entstünden. Ein Teilnehmer aus dem Gewerkschaftsbereich stellte fest, daß die Gewerkschaften von der kämpferischen Selbsthilfeorganisation sich stärker zu einem Versicherungsunternehmen entwickelten. Carola Sommerey (Westdeutsches Fernsehen) fragte nach der notwendigen Neuinterpretation der Mitbestimmung unter den Aspekten des Biedenkopf-Gutachtens; auch wollte sie gerne einen Kommentar zur total integrierenden Wirkung der Mitbestimmung für die Arbeitnehmer haben, wie sie auch in verschiedenen Teilen des Biedenkopf-Gutachtens zum Ausdruck käme.

Heinz Oskar Vetter wies auf die Breite der politischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft hin, die auch im Grundsatzprogramm Berücksichtigung gefunden habe. Er hält das Grundsatzprogramm für ausreichend, um die Zielsetzungen zu definieren. Allerdings sei bisher nur ein kleiner Teil des Weges zurückgelegt. Entscheidende Änderungen stehen noch aus. In der pragmatischen Politik seien zwei Ziele vor allem zu verfolgen: 1. Die Mitbestimmung kann sich nicht allein auf der Ebene des Unternehmens vollziehen, sonst bringt sie keine entscheidenden Änderungen. Sie müsse vielmehr auf breiterer Ebene, insbesondere durch einen Bundeswirtschafts- und Sozialrat ausgebaut werden. Der zweite entscheidende Schritt liege in der Vermögenspolitik; sie müsse einen großen gesellschaftlichen Wandel einleiten. Eine detaillierte Konzeption könne leicht entwickelt werden, sei jedoch aus Gründen der Konkurrenz verschiedener Ziele vorläufig zurückgestellt worden. Vetter verwies auf die Pläne des DGB, wonach durch die Bildung öffentlicher Fonds die Gewinne der Unternehmen abgeschöpft und in Form von Anteilen an die Arbeitnehmer ausgegeben werden sollten. Langfristig müsse eine Umschichtung der Vermögen und Einkommen erreicht werden. Nur so sei die Bewährungsprobe unserer Gesellschaft zu leisten. Die Gewerkschaften seien heute aus der Notwehrsituation heraus und könnten daher bestimmte Teile ihrer Aufgaben an andere Institutionen übergeben. Sie

haben zugleich aber ein legitimes Interesse, einen Teil des Erreichten selbst zu verwalten. Der finanzielle Engpaß der Gewerkschaften zwischen dem Beitragsaufkommen und den gestellten Aufgaben sei nur durch die Gewinnung weiterer Mitglieder zu verändern. Hier müßten große Anstrengungen unternommen werden.

Alfred Home (Bayerischer Rundfunk) bemängelte, daß keine neue Theorie vorläge. Der DGB präsentierte sich als eine Sozialabteilung dieser Gesellschaft. Es bleibe nur die Mitbestimmung übrig. Was soll aber eine solche Veränderung, wenn die Gesellschaft möglichst wenig davon merken soll? Die Ablehnung amerikanischer oder linksradikaler Gruppentheorien führe dazu, daß lediglich der freiheitliche Sozialismus (wie frei?) und die christliche Soziallehre übrig bleiben. Sollte Vetter vielleicht mehr wissen als er vortrug? Wurde eine falsche Überschrift für die Veranstaltung gewählt?

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Liedtke stellte die Frage, inwieweit die Vermögensbildung nach den Vorstellungen der Gewerkschaften gesetzlich oder tariflich, vorangetrieben werden sollte. Karl Buschmann (Vorsitzender der Gewerkschaft Textil - Bekleidung) kündigte eine breitere Aktivität insbesondere in der Vermögensbildung über Tarifverträge an. Er verwies auf die Einschränkung gewerkschaftlicher Aktivität durch die Gesetzgebung.

In einer kurzen Erwiderung wies Vetter auf die grundlegende Bedeutung der DGB-Vorstellungen zur Vermögensbildung hin. Die derzeitigen Vorschläge des Investivlohns seien Augenwischerei und nicht umsonst von den Arbeitgebern nur der Lohnpolitik zugeordnet. Trotzdem müsse die Tarifpolitik eingesetzt werden, damit weitere Ansätze geschaffen werden. Die Arbeitnehmerschaft müsse ihren Willen für die Politiker unübersehbar und unüberhörbar formulieren.

Bernhard Tacke (Stellvertretender Vorsitzender des DGB) wies darauf hin, daß die entscheidenden Ziele nicht mit den Mitteln der Tarifpolitik erreichbar seien. Es sei zu fragen, ob nicht für die angestrebten Ziele der Vermögensumverteilung die grundgesetzliche Ordnung überprüft werden müsse. Was über den Tarifvertrag erreicht werde, ginge über das Kostenkonto der Betriebe und würde über den Preis hereingeholt. Zu den Vorwürfen einer mangelnden theoretischen Begründung wies Tacke darauf hin, daß es sich nur um die Entwürfe reiner Möglichkeitsstrukturen handeln könne, nicht um Theorien im klassischen Sinne.

Dr. Fischer (*Frankfurter Rundschau*) fragte, ob die derzeitigen Vorstellungen zur Vermögenspolitik des Deutschen Gewerkschafts-

bundes eine verbindliche Absage an *Lebers* Politik bedeuten. Auch wollte er wissen, ob die fehlende Theorie der Grund für ein fehlendes Modell für Vermögensbildung sei.

Prof. Dr. *Karl Zimmermann* (Sozialakademie Dortmund) wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei voller Ausschöpfung des Begriffes Theorie stellten. Eine Theorie, die keine Realisierung im Ansatz enthalte und keine Tests zur Verwirklichung mitbringe, sei heute kaum tragbar. Wesentliche Vorstellungen der Gesellschaftspolitik seien über die Vermögenspolitik theoretisch zu untermauern.

In einer Erwiderung wies *Vetter* darauf hin, daß die Kreislaufvorstellungen, die dem Leberschen Modell der Vermögensbildung zugrunde liegen, bekannt seien, daß sie aber keine Chancen zur langfristigen Durchsetzung hätten. *Vetter* sieht wichtige Voraussetzungen in einem Prozeß der Bewußtseinsbildung als Chance zur Realisierung. Die Forderungen müßten vor allem in den Parteien realisiert werden, wobei die Gewerkschaften gegebenenfalls als große politische pressure group auftreten müßten, um die notwendige Vermögensumverteilung zustande zu bringen.

Werner Mühlbradt (*Die Welt*) sah einen Widerspruch zwischen der quasi-revolutionären Attitüde, die in vielen Punkten zur Schau gestellt werde und der pragmatischen, oft auf eine reine Serviceorganisation ausgerichteten Politik der Gewerkschaften. Auch hätte er gern einiges gehört, weshalb für vermögenspolitische Ansätze Änderungen des Grundgesetzes notwendig seien.

Tacke sieht in der seitherigen Sparförderung keine große Lösung; diese sei mehr in Plänen wie den von *Gleitze* oder *Krelle* zu sehen. Die notwendigen gesetzlichen Regelungen kollidierten jedoch mit der derzeitigen grundgesetzlichen Ordnung. Das Beispiel der Städtebauförderung zeige die Grenzen der Eingriffsmöglichkeiten in das derzeitige Eigentumsrecht. Auch lasse die Regierungserklärung erkennen, daß keinerlei grundlegende Änderungen beabsichtigt seien.

Prof. Dr. *H.-J. Wallraff* (Hochschule St. Georgen, Frankfurt) war nicht damit zufrieden, daß die Gewerkschaften mit Drohungen jonglieren, aber den Gesetzgeber nicht bewegen könnten. Warum dann nur verbale Drohungen und Resignation vor den gewerkschaftlichen Möglichkeiten? Die Gewerkschaften sollten doch den Schritt über die Tarifverträge gehen, auch hier sei ja die Gewinnbelastung hoch und werde von den Arbeitgebern gefürchtet.

Detlef Henschbe (WWI, Düsseldorf) hält eine Grundgesetzänderung für nicht erforderlich. *Tacke* widersprach dem. Er verwies auf 56 abgeschlossene Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen. Wenn aber keine

Gesetzgebung da sei, welche Machtmittel könnten die Gewerkschaften einsetzen und woher diese begründen und nehmen?

H. O. Vetter wies darauf hin, daß eine Gewerkschaftstheorie die Ziele und Instrumente des Gesamtbildes einer künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung enthalten müsse. Derzeit könne aber keine endgültige Lösung ohne Vergewaltigung gesellschaftlicher Tatbestände angestrebt werden. Auch liege kein Anlaß vor, die Zielsetzungen für die Generation nach uns heute schon zu ändern. Unsere Leitbilder werden von kommenden Generationen in Frage gestellt werden. Wenn das Grundsatzprogramm einmal erfüllt ist, ist auch der Auftrag erfüllt, der den Gewerkschaften erteilt ist. Er lehnte jedoch darüber hinausgehende Forderungen ab. Die formulierten Zwischenziele und Leitbilder reichten aus. Für die Weiterentwicklungen sei auch die notwendige Mehrheit hinter die Willensbildung der Gewerkschaften zu bringen. Eine offensive Auseinandersetzung mit Ideen müsse trotzdem in Gang gebracht werden. Wenn allerdings die angestrebten Leitbilder nicht erfolgreich realisiert werden können, dann sei möglicherweise das Überdenken der gesellschaftlichen Prozesse und der eigenen Position notwendig.

Die weitere Diskussion leitete über zur Frage der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung. Dr. *Fischer* (*Frankfurter Rundschau*) fürchtete, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen schon aufgeben, bevor sie diese exakt formuliert haben. Auch sieht er eine Gefahr darin, daß die Meinungsbildung über diese Fragen in kleinen Zirkeln stattfindet. *Tacke* erwiderte darauf, daß die entscheidenden Fragen immer der Meinungsbildung zugänglich seien. Darüber hinaus bemüht sich der DGB, durch besondere Befragungen die Meinung der Arbeitnehmerschaft, der Mitglieder und der Funktionäre zu erkunden, selbst auf die Gefahr hin, daß solche Ergebnisse gelegentlich auch gegen die Gewerkschaften verwendet würden.

H. O. Vetter betonte abschließend, daß die Gewerkschaften zum Erfolg verurteilt seien, da sie sich sonst ohnmächtig ihre Rolle entgleiten ließen. Diese Schwierigkeit führe zum Abwägen der Chancen, die sich für die Durchsetzung verschiedener Politiken bieten. *Vetter* erscheint das Grundsatzprogramm völlig ausreichend, um die Politik der nächsten Zeit zu bestimmen. Auch ist das Bild vom Menschen und der Demokratie in einer Weise gekennzeichnet, die eine ausreichende Operationsbasis abgebe. Die Gewerkschaften haben keine Angst vor der Diskussion und vor Provokationen. Diese Tagung solle dazu beisteuern, den Prozeß der Meinungsbildung zu bereichern. Wo die Kraft der Überzeugung steht, werden auch neue Argumente in die Diskussion eingehen können.

Zusammenfassung der Diskussion zum Beitrag von H. Bilstein

Günter Stephan (Mitglied des DGB-Bundesvorstandes) bekannte sich zur Notwendigkeit des Gespräches mit den Mitgliedern und der Befragungen. Auch die Gewerkschaften könnten Versteinerungen und Verkrustungen nicht gebrauchen. Doch klaffe ein erheblicher Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Die Zahlen, die Bilstein vermißte, seien durchaus von den Gewerkschaften zu erfahren. Offensichtlich sei jedoch nicht ganz klar, welche Rolle den „kritischen Intellektuellen“ und „funktionellen Organisatoren“ zufalle. Wenn gleich der Demokratisierungsprozeß in den Gewerkschaften vollauf bejaht wird, werde es technisch unmöglich sein, einen Bundeskongreß in Permanenz tagen zu lassen. Die kritisierte Rolle der Antragskommissionen auf Kongressen stelle sich bei funktionaler Betrachtung anders dar, als sie in der Kritik Bilsteins zum Ausdruck kam. Es müsse den Gewerkschaften Sorge bereiten, wenn in jüngsten Befragungen die Mitbestimmung auf den 4. Platz in der Meinungsbildung der Arbeitnehmerschaft gerückt ist. Popularisierung scheint hier vordringliches Gebot zu sein. Der Jugend werde nicht verwehrt, eigene Meinungen zu bilden und zu vertreten; die Freiheit finde jedoch ihre Grenzen dort, wo die gesamte Organisation feste Beschlüsse gefaßt habe, die für alle Mitglieder verbindlich seien.

Bilstein sah in Stephans Beitrag einen Beweis für die Fertigkeiten und Techniken langjähriger hauptamtlicher Tätigkeit, bestehende Verhältnisse zu verteidigen. Den von Akademien kommenden jungen Gewerkschaftssekretären werde häufig beigebracht, daß sie die Theorie vergessen sollten, um statt dessen erst einmal die Bürokratie beherrschen zu lernen. Es gibt immer größere Hemmnisse, Nachwuchs für die Gewerkschaften zu gewinnen. Die Anzahl der Betriebswirte überwiege an der Akademie für Wirtschaft und Politik heute schon bei weitem gegenüber den mehr gesellschaftspolitisch orientierten Bereichen.

Franz Schapfel (DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz) verwies auf den hohen Grad innergewerkschaftlicher Demokratie, der sehr viel ausgeprägter sei als in anderen Organisationen. *Bilstein* erwiderte mit Hinweisen auf den hohen Aktivitätsgrad in Parteien, der derzeit 25 Prozent bis 30 Prozent Beteiligung bei entscheidenden Veranstaltungen (Generalversammlung und ähnliches) erreiche. Allerdings seien nur 3 Prozent der Bürger in Parteien organisiert.

Alfred Horné fand die öffentliche Tagung in vieler Hinsicht deprimierend und resignierend. Er vermutete hinter den Äußerungen der Gewerkschaftsvertreter Angst vor den Mitgliedern, wobei insbesondere die Frage anstehe, ob der Vorstand resigniert, weil die

Jugend müde ist und ob die Jugend müde ist, weil der Vorstand resigniert. Es könne nicht erwartet werden, daß engagierte Jugendliche die Politik einer Altherrenmannschaft machten.

Nach einem kurzen Beitrag von *Karl Liedtke* über die unvermeidbare Manipulation der Information setzte sich *Karl Buschmann* mit Bilsteins Ausführungen auseinander. Er begrüßte dessen kritische Anmerkungen; sie sollten von den Verantwortlichen für die Gewerkschaftspolitik aufgenommen werden. Neue Ideen müssen entwickelt werden, um den Arbeitnehmer anzusprechen. Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung habe sehr gute Erfahrungen mit einem neuen Tarifvertrag gemacht, in dem eine Kasse für die Finanzierung überbetrieblicher Bildungsarbeit vereinbart wurde. An der so ermöglichten staatsbürgerlichen Bildung nehmen auch in erheblichem Umfang Frauen teil. Der Organisationsgrad stieg nach dieser Maßnahme von ursprünglich 20 Prozent auf 90 Prozent. Besonders bemerkenswert ist das zunehmende Engagement der Frauen auch im politischen Bereich. Offensichtlich läßt sich auch auf diesem Weg eine Veränderung der gesellschaftspolitischen Einstellung der Arbeitnehmer erreichen.

In einer abschließenden Bemerkung wies *Stephan* darauf hin, daß zahlreiche Verkrustungen bestehen, die auch bei einer DGB-Reform angesprochen werden müßten. Es sei durchaus eine Frage, ob die Zahl von 16 Gewerkschaften sakrosankt sei. Die vielfach unrationelle Verteilung mehrerer Gewerkschaftsbüros in einzelnen Orten, die Überlappung der Schulungs- und Bildungsarbeit seien andere Beispiele für Bereiche notwendiger Rationalisierungen. Die Gewerkschaften seien kein Selbstzweck. Der Gewerkschaftsjugend müsse ein erheblicher Spielraum bei der Willensbildung eingeräumt werden. Die Grenzen seien jedoch dort erreicht, wo die Willensbildung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder bestimmte Beschlüsse gesetzt hat, die nicht von einzelnen Gruppen, seien es Jugendliche, Beamte, Frauen oder Angestellte grundsätzlich in Frage gestellt werden könnten.

Zusammenfassung der Diskussion zum Beitrag Prof. Dr. H.-J. Wallraff

Bernhard Tacke eröffnete die Diskussion. Er sieht noch nicht die Prämissen erfüllt, die zur Ausfüllung des von Prof. Wallraff dargestellten Bildes einer Arbeitnehmersgesellschaft notwendig seien. Auch sei die Arbeitnehmerschaft immer stärker differenziert, denn heute gelte in einem gewissen Sinne selbst der Generaldirektor einer Aktiengesellschaft ebenso wie der Postschaffner als Arbeitnehmer. Es müsse gefragt werden, ob der heutige Arbeitnehmerbegriff revidiert werden müsse. Prof. Wallraff stimmte diesem Einwand zu. Sein Entwurf gel-

te für eine zu entwickelnde Gesellschaft, deren Probleme sich im Maße des gesellschaftlichen Fortschritts stellen werden. Heute sei der Begriff des Arbeitnehmers entweder auf das Eigentum oder auf einen schichtenspezifisch beherrschten Staat orientiert.

Prof. Dr. *Walter Fabian* fand das Modell zu undeutlich. Er hatte Zweifel, ob es zu einer solchen Arbeitergesellschaft kommen könne und fragte, wie es tatsächlich in ihr aussähe. Die Emanzipation pluraler Repräsentanzen in der Konsumgesellschaft sei zu begrüßen, insbesondere scheint den spontanen Basisgruppen hier eine große Rolle zuzukommen. Er betonte die Notwendigkeit der Verlebendigung der Solidarität als Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Aktivität. Prof. Wallraff sah keinen wesentlichen Unterschied zwischen Fabians und seiner eigenen Position. Es werde in zunehmendem Maß spezialisierte Repräsentanzen geben, die sich aus der gesamten Arbeiterbewegung herauslösen und ein zunehmendes Selbstbewußtsein entwickeln. Zwar leben die Gewerkschaften aus der Solidarität, aber nicht aus einer weiterhin spontanen Solidarität der Arbeitnehmer.

Detlef Herrsche (WWI, Düsseldorf) sah in der Verwirklichung der derzeitigen Gewerkschaftsforderungen den Ausgangspunkt für das von Prof. Wallraff entwickelte Bild. Derzeit seien aber keine Chancen zur Realisierung gegeben. Wenn jedoch einmal die Zielvorstellungen realisiert seien, müßte der Übergang von der Bewegung zur verwaltenden Tätigkeit nach Abschluß der Emanzipation gesehen werden. Davon könne aber im Augenblick nicht ausgegangen werden. Die Existenz der Basisgruppen beweise, daß die Emanzipation in der Arbeitnehmerschaft noch weithin fehle. Es wäre jedenfalls katastrophal, wenn das Wallraffsche Modell der derzeitigen Entwicklung aufgestülpt würde. Prof. Wallraff stimmte dem Einwand Henschkes zu, daß die Annahme des von ihm skizzierten Ausgangspunktes zugleich der wunde Punkt des Modells sei. Es werde eine Gesellschaft angenommen, in der es keine Unterrepräsentierung von Arbeitnehmerinteressen gäbe. Was könne aber getan werden, um die etablierten Positionen durch bestimmte organisatorische Kräfte zu verändern? Es sei interessant, daß die klassische Arbeitnehmerrepräsentanz in Partei und Gewerkschaft von linksstehenden Gruppen als unzureichend betrachtet werde.

Erwin Emge (Gewerkschaft der Eisenbahner) bejahte die allgemein von Wallraff skizzierte Tendenz, auch die funktionsbedingte Zielsetzung, schloß jedoch die Möglichkeit aus, die Gewerkschaft als Transmissionsriemen zu betrachten. Es fehle jedoch eine Theorie, die von allen Beteiligten gleichermaßen akzeptiert werde und die auch ein differenzierteres Bild der Teilprobleme ergebe. Prof. Wallraff bestätigte diese wesentliche Lücke der Theorie. Wie kom-

men plurale Repräsentanzen zu einer einheitlichen Willensbildung? Hier scheint sich die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion der verschiedenen Gruppierungen abzuzeichnen. Die Zielentscheidungen müssen gefällt werden, weil ohne diese ein Entwicklungskonzept nicht möglich sei.

Hans Vornschlegel (DGB-Bundesschule Bad Kreuznach) fragte nach den Prioritäten bei der Ordnung der Arbeitnehmerinteressen auf dem Weg zu dem Wallraffschen Modell, das auf eine sehr differenzierte Arbeitnehmerschaft treffe. Welchen Satz von Spielregeln müsse es für einen solchen *contrat social* geben? Sieht das Wallraffsche Modell einen Übergang aus dem Lohnarbeitsverhältnis zu den gesellschaftlichen Formen vor, die die Gewerkschaften sozusagen überflüssig machten?

Prof. Wallraff betonte, daß es heute keine für alle verbindliche Ethik oder eine vergleichbare staatliche oder andere Autorität gäbe. Die Übereinstimmung müsse durch Abstimmung des Verhaltens der verschiedenen Repräsentanzen erfolgen, nur so könnten Prioritäten und Fristen gesetzt werden. Das System der Prioritäten ist eine Frage der Spielregeln, für die das naive Zeitalter vorgegebener Maßstäbe vorbei sei. Die moderne Organisationstechnik fordere auch hierfür neue Formen, die mit zunehmendem Freiheitsgrad immer schwieriger zu vereinbaren seien. Die jugoslawischen Erfahrungen zeigten, daß sich Gesellschaften daran erst einmal die Zähne ausbeißen müßten; andererseits gäbe es keine Dispens von der Lösung dieser Frage. Die Beseitigung des Lohnarbeitsverhältnisses sei undiskutabel. Damit verbleiben aber die Gewerkschaften im Gespräch mit gesellschaftsrechtlichen Gebilden, wie es sich auch heute schon bei der Mitbestimmung abzeichnet. Ein endgültiges Rezept fehlt noch. Es wird nicht um die Alternative zwischen Lohnarbeitsverhältnis und gesellschaftlichen Formen, sondern um deren Kombination gehen.

Karl Liedtke fragte, ob es eine Art Automatismus des von Wallraff angedeuteten Weges gäbe. Reflektiert die Arbeitnehmerschaft über die Technokratie und die daraus entstehenden Probleme? Prof. Wallraff sieht keinen Automatismus auf diesem Weg; es stellen sich vielmehr herausfordernde Aufgaben gegenüber den neuen Strukturen, wie es auch am Beispiel Jugoslawiens klar werde, selbst wenn der Klassengegner nicht mehr Hauptziel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sei. In einer weiteren Frage zielte Liedtke auf die Stellung der Gewerkschaften in diesem Denkmodell. Seien die Ziele mit Zentralisation oder mit einer Auflösung in Teilautonomien erreichbar?

Tacke wies darauf hin, daß nach seiner Auffassung das Wallraffsche Modell homogene Institutionen voraussetze, bei der alle wesentlichen Denk- und Zielansätze auf einen Nenner gebracht werden könnten. Das sei aber derzeit nicht der Fall. Es gäbe ein erhebliches

soziales Gefälle innerhalb der Gewerkschaften selbst, was zu unterschiedlichen Aufgaben und Zielsetzungen führe. Dies zeige sich am Beispiel der Koordinierung von Mitbestimmungsvorstellungen im Bereich des öffentlichen Dienstes, der Schwerindustrie, sowie der Mittel- und Kleinbetriebe.

Prof. Wallraff sah jedoch in der Mitbestimmungsidee ein tragendes Programm für den gesamten Deutschen Gewerkschaftsbund, vor dessen logischen Folgen man nicht zurückschrecken könne. Es sei aber in der Vergangenheit zu wenig über die Implikationen solcher Groß-Verbandsprogramme nachgedacht worden. Er erinnerte an das Beispiel des Vorschlages der Gewerkschaft ÖTV zur Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Hier sei offensichtlich ein Konflikt mit der Vorstellung der parlamentarischen Demokratie angelegt, der noch gelöst werden müsse. Auch sei das Beispiel der von der Gewerkschaft ÖTV im öffentlichen Dienst begonnenen Eigentumpolitik von brisanter Fernwirkung. Wallraff sah mancherlei Verwandtschaft zwischen Gewerkschaftsführungen und Kirchenführungen. Vielfach werde versucht, die Probleme zuzukleben, um Unruhe zu vermeiden und die Situation unter Kontrolle zu behalten. Gewerkschaftsfunktionäre neigten gelegentlich dazu, die Fehler der Kardinale zu wiederholen, obgleich sie dies nicht nötig hätten.

Ludwig Mayr, Lauenburg, fragte nach dem Menschenbild und dem Menschen, der nach den Vorstellungen Wallraffs in neue Verantwortlichkeiten hineinwachsen solle. Heute noch warten die meisten Menschen darauf, daß andere, meist die Gewerkschaften, in diesen Bereichen für ihn entscheiden. Prof. Wallraff sieht nur die Möglichkeit von Repräsentanten. Für eine Urdemokratie sei kein Raum. Im günstigen Falle sei ein Elitentausch und eine bessere Elitenmischung durchzusetzen und nach unten zu verankern. Wer mehr verspräche, sei Demagoge. Wallraff hatte erhebliche Vorbehalte gegenüber dem Rotationssystem, das er als einen rudimentären und kümmerlichen Versuch betrachtet, das Repräsentationsproblem zu lösen.

Dr. Gerhard Leminsky (WWI, Düsseldorf) begrüßte das Element der Phantasie in der Diskussion. Es handele sich um mögliche Entscheidungen und Prozesse, die nicht in einer mechanistischen Zwangsläufigkeit zu erwarten seien. Es seien jedoch schon Elemente in der derzeitigen Struktur vorhanden, die auf diese Entwicklungen hinweisen. Eine Schwierigkeit liege darin, daß wir solche Entwicklungen mit Begriffen des 19. Jahrhunderts im 20. Jahrhundert klassifizierten. Als Beispiel nannte er den Gewerkschaftsbegriff, der in den Vereinigten Staaten einen gänzlich anderen Inhalt habe als in Jugoslawien. Er warnte daher auch vor definitorischen Tricks, mit denen Vereinfachungen versucht würden. Leminsky sieht eine enge

Verbindung zwischen Wallraff und den jugoslawischen Ideen, insbesondere in der Intention zur Schaffung von Freiheitsräumen -in neuen Formen und mit anderen Methoden. Er fragte, ob dieses Modell zu einem gesellschaftsbeherrschenden Faktor gemacht werden könne. Er sieht auch einen möglichen gemeinsamen Ansatz zwischen Wallraff und Mandel. Prof. Wallraff wollte jedoch keinesfalls jugoslawische Ideen mit Begeisterung übernehmen. Er wies nur darauf hin, daß die Entwicklung zu einer Arbeitnehmergesellschaft in der Bundesrepublik Probleme mit sich bringen würde, wie dies in Jugoslawien der Fall sei. Entscheidend sei der Wille, rechtzeitig in den Fragen zu lernen, denen die Arbeitnehmerschaft entgegengeht. Karl Buschmann dankte als Diskussionsleiter für die kühnen Antworten, die Prof. Wallraff den Gewerkschaften gegeben habe.

Zusammenfassung der Diskussion zum Beitrag Mandel

Ludwig Mayr eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, daß die Gewerkschaften in langem Streit um sozialistische Endziele sich niemals zu diesen bekannt hätten, sondern im wesentlichen als Revidierende im System verblieben seien. Insofern bleibe ein Konflikt zwischen gewerkschaftlicher Haltung und sozialistischen Zielen, wie auch der Konflikt zwischen Marx und den Gewerkschaften schon bestanden habe.

Mandel sah keinen Gegensatz zwischen Marx und den Gewerkschaften. An sich seien diese weder systemkonform noch systemsprengend. Für die Arbeiterschaft seien sie absolut notwendig, da der Lohn andernfalls unter dem Wert der Arbeitskraft verkauft werden müsse. Die Gewerkschaften als solche hätten nicht das Ziel, die Gesellschaft zu sprengen; ihnen falle vielmehr nur die unmittelbare Interessenvertretung der Werktätigen zu. Ein neuer Tatbestand sei im Spätkapitalismus aufgetreten, der zu einer immer stärkeren Einengung der Rolle der Gewerkschaften geführt habe. Der Wandel vom anarchistischen zum organisierten Kapitalismus sei dafür kennzeichnend. Die Mitbestimmung sei Ausdruck des Bewußtseins, daß die Gewerkschaften nicht nur für Lohn- und Arbeitsbedingungen zuständig seien, sondern daß andere Instrumente des Kampfes entscheidend seien. Die Gewerkschaften hätten aber nur eine Funktionsberechtigung mit einem sozialistischen Bewußtsein. Andernfalls unterlägen sie der Versuchung, sich im organisierten Kapitalismus integrieren zu lassen und damit zu Ungewerkschaften zu werden.

Günter Stephan setzte sich ausführlich mit den jüngeren Streikbewegungen auseinander und schilderte die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften und die Ergebnisse interner Befragungen von Arbeitnehmern aus betroffe-

nen Betrieben. Er führte eine Reihe von unterschiedlichen Ursachen an. Trotz des Schocks für manche Gewerkschaften konnten in den kritischen Bereichen nahezu hunderttausend Gewerkschaftsmitglieder neu hinzugewonnen werden.

In seiner Antwort machte Mandel klar, daß er nicht von antigewerkschaftlichen Tendenzen in der Arbeitnehmerschaft geredet habe. Die Bewegungen richteten sich gegen Strukturen des organisierten spätkapitalistischen Betriebes. Die westeuropäische Streikbewegung habe fünf Millionen Arbeitnehmer erfaßt. Er müsse eine allgemeine Ursache geben, die wesentlicher sei als die zufälligen Auslöser. Die größte Hypothek seien aber angepaßte Gewerkschaftstheorien, die antigewerkschaftliche Tendenzen begünstigten. Insbesondere die Entwicklungen in Schweden hätten gezeigt, daß Entfremdungen zwischen Mitgliedschaft und Gewerkschaften einträten, die zum Nachdenken zwingen. In Italien sei insbesondere von der CGIL unter dem Druck radikaler Arbeitnehmer und Basisgruppen eine radikalere Politik durchgesetzt worden. An einem Referendum nahmen 150 000 Mitglieder teil, die Forderungen zur Tarifpolitik formulierten, die radikaler als die der Führung waren. Als Voraussetzungen seien starke autonome Aktivitäten an der Basis notwendig, wie sie seit Jahrzehnten in der englischen shop-steward-Bewegung zu verzeichnen sind. Ohne diese Basisaktivität sei keine größere Aktivierung zu erreichen. Die Situation bei Fiat habe gezeigt, daß hier ein Wahlsystem autonomer Körper von Werkstattdelegierten mit jederzeit austauschbaren gewählten Personen zum Erfolg führte. Der Versuch einer Reintegration dieser Strukturen in die Gewerkschaften sei jedoch kritisch, da er zugleich die Aktivität gefährde.

Eine entscheidende Rolle falle im Prozeß zur Entwicklung eines demokratischen Sozialismus dem Gemeineigentum an großen Produktionsmitteln zu. Mandel erinnerte an *Marx*, der die Übernahme der Produktionsmittel durch assoziierte Produzenten als Lösung ansah. Seine Konzeption einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft müsse im Gegensatz zu den spätkapitalistischen Ländern und zu den bürokratisierten Industrien der Sowjetunion und der Ostblockländer gesehen werden, wo zentrale wirtschaftliche Entscheidungen immer durch kleine Gruppen gefällt würden, die keiner allgemeinen Kontrolle unterlägen. Mandel bietet ein pyramidenartiges Räte-system an, das auf einem allgemeinen Wahlrecht beruht. Die kleinsten Wirtschaftszellen wählen Delegierte zu nationalen und gegebenenfalls internationalen Räte-kongressen, in denen eine Abstimmung über wesentliche Planvarianten vorgenommen wird. Eine entsprechende Vorbildung und Information der beteiligten Arbeiter soll die notwendige Transparenz für die Entscheidungen gewährleisten. Die geschichtliche Entwicklung

habe gezeigt, daß die Arbeitnehmerschaft in solchen Fällen nicht zwangsläufig dazu neige, Konsum langfristigen Investitionen vorzuziehen. Jugoslawien und andere Länder zeigen eher gegenteilige Entwicklungen.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied liege darin, daß in einem demokratischen Sozialismus ein automatischer Selbsterziehungsprozeß ausgelöst werde, in dem die Entscheidenden selbst ihr Schicksal verantworten, während die Verantwortlichen sonst in Ost und West nicht die Opfer von Fehlentscheidungen würden. Zentralisiert werden sollten nur wesentliche Entscheidungen, die alle Beteiligten in der Volkswirtschaft betreffen; alle anderen Entscheidungen sollten auf den jeweiligen Ebenen getroffen werden. Ein systematischer Abbau der Marktbeziehungen solle zu einer stärkeren Selbstbetätigung des Menschen führen.

In der nach diesem ergänzenden Referat wieder auflebenden Diskussion machte *Alfred Horné* dem Bundesvorstand des DGB Vorwürfe, daß er sich die Beurteilung der deutschen Streikbewegung zu einfach gemacht habe, indem von einer Gewerkschaft nur Kommunisten beschuldigt wurden. Es stelle sich die Frage, wie in diesem Konflikt eine stärkere Aktivität der Mitgliedschaft überhaupt möglich sei. *Harald Pawłowski (Publik)* meinte, daß das Fiat-Modell erst in der Bundesrepublik eingeführt und die Entscheidungsprozesse vorgemacht werden müßten, um die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft zu verifizieren. Es sei jedenfalls für die Gewerkschaften von großer Bedeutung. Interessant sei eine mögliche Kombination von Wallraff und Mandel. Eine mögliche Verbindung der Sozialisten und Jesuiten sei hier nicht ganz ausgeschlossen. Mandel verwies in diesem Zusammenhang auf entsprechende italienische Erfahrungen.

Ernst Piehl (WWI, Düsseldorf) erklärte seine Übereinstimmung mit der Analyse Mandels. Er halte die inhaltliche und organisatorische Perspektive des demokratischen Sozialismus mit einem Räte-system für vertretbar. Er richtete an Mandel die Frage, welche Vermittlungsrolle im gegenwärtigen Prozeß der Arbeiterproduktionskontrolle zufalle, die durch ein Konzept stufenweiser Delegation ergänzt sei. Er wies auf den Vorsprung bestehender Organisationen hin, die die Konkurrenz spontaner Gruppierungen beeinträchtigten. Welche Möglichkeit bestehe, das von unten nach oben organisierte Räte-system durch eine kritische Mitbestimmung zu ergänzen? Ein dritter Weg biete sich an, indem diese Organe Einfluß auf die Planungen der gesamten staatlichen Entwicklung oder auf übernationale Organe nähmen.

Erwin Emge stellte die Frage, ob die Produktionsverhältnisse lediglich durch Besitzwechsel oder auch durch Veränderung der Technologiestruktur beeinflusst würden. Er wies auf die

Gefahr hin, die durch das Umschmeicheln der Informationsträger in den Unternehmen entsteht. *Theo Tilders* (IG BSE) setzte sich ausführlich mit den Begriffen des Spätkapitalismus und der Technostruktur auseinander. Er vermutete in der neuen Linken die Vorhut einer neuen Klassengesellschaft, die wiederum eine Managerschicht schütze. Er sah auch in der Abneigung der neuen Linken gegen die Mitbestimmung ein Symptom für eine fehlende Begrenzung der Macht der Manager. *Hans Porschlegel* bejahte die Analyse Mandels, sah jedoch in der strategischen und taktischen Konzeption Mandels die messianische Vision eines demokratischen Sozialismus, der nicht ungeprüft übernommen werden könne. Trotzdem blieben zahlreiche interessante Einzelansätze, so die Fragen nach der wiederentdeckten betriebsnahen Tarifpolitik und der Rolle der Gruppen in Betrieb und Gewerkschaft. Auch stelle sich die Frage, inwieweit eine Arbeiterproduktionskontrolle tarifpolitisch abgesichert werden könne. Schließlich bleibe offen, inwieweit industriegesellschaftliche Strukturen derzeit spätkapitalistische und sozialistische Systeme überlagerten. Prof. Dr. *Walter Fabian* setzte sich mit dem Phänomen der Streiks auseinander. Er stellte die Frage nach der Nützlichkeit der Kampfweise des Schwerpunktstreiks für die Arbeitnehmerschaft, er tendiert dazu, Schwerpunktstreiks zu bejahen. Die Mitbestimmung sei überwiegend ein Ansatz zur Demokratisierung und Aktivierung der Arbeitnehmerschaft. Offen sei aber die Frage, ob sie systemsprengend sei. Weiterhin erbittet Fabian von Mandel eine Meinung zu der Frage, ob die Mitbestimmung am Arbeitsplatz nach den Vorschlägen einiger deutscher Kollegen Möglichkeiten der Aktivierung der Mitgliedschaft böten.

Mandel versucht eine zusammenfassende und eingeschränkte kurze Antwort. Keinesfalls bejaht er die „Herrschaft der Technokraten“. Er verweist auf die Vereinigten Staaten, wo 0,1 % der Bevölkerung mehr als 50 % der Aktienwerte halten. In der Bundesrepublik Deutschland gäbe es eine ähnliche Situation. In Westeuropa und den Vereinigten Staaten fielen auch heute noch die strategischen Entscheidungen in den Großkonzernen durch die Aktienbesitzer; als Beispiele erwähnte Mandel die Zusammenschlüsse von Fiat und Citroen und anderer großer Gesellschaften, die nicht von Ingenieuren, sondern von Kapitalbesitzern entschieden wurden. Bei Streuung des Aktienbesitzes auch unter Arbeitnehmer bleibe die Enteignung der arbeitenden Klassen bestehen, die dadurch von den wesentlichen Entscheidungen über die Disposition des Eigentums ausgeschlossen werden. Nicht umsonst sei das Ziel die individuelle Aktien- und Kapitalbeteiligung. Eine genaue Analyse der Verhältnisse in den Entscheidungsgremien der maßgeblichen Gesellschaften ergebe deutlich,

daß Großbesitz von Aktien für Kinder und Enkel akkumuliert werden solle. Dies sei auch heute noch die einzige Weise, über das Eigentum am Betrieb Macht und Einfluß zu sichern.

Die Neue Linke sei keinesfalls eine Vorhut einer neuen Klasse; die Idee der Selbstverwaltung stehe dem klar entgegen. Der Gedanke der gesellschaftlichen Gleichheit finde seine Entsprechung in der Bekämpfung einer zu stark ausgeprägten Lohn- und Einkommensdifferenzierung. Seine Zielsetzungen seien keinesfalls von einem Messianismus geprägt, vielmehr bauten sie auf praktischen Auseinandersetzungen in europäischen Betrieben auf. Mandel warnte auch vor dem Mißverständnis, daß die Produktionsverhältnisse mit der Arbeitsorganisation gleichgesetzt würden, wie es gelegentlich in der Diskussion geschehen sei. Besonders interessant sei die Rolle der Kybernetiker, deren Organisationsgrad ständig zunähme. Die Hochschulen seien heute progressiver als die Betriebe, daher sei er auch im Hinblick auf die künftige Entwicklung in diesem Bereich nicht pessimistisch.

Offensichtlich sei die Aktivität der Arbeitnehmer an der Basis in der Bundesrepublik geringer als in Großbritannien, Frankreich oder Italien. Als eine entscheidende Voraussetzung müsse das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie geändert werden, um eine Selbsttätigkeit der Arbeitnehmer zu fördern. Mandel erkennt auch der Mitbestimmung eine klare Funktion zu, wenn in dieser von den Gewerkschaftsvertretern keine Verantwortung für Entscheidungen übernommen werde, die mit den Interessen der Lohnabhängigen zusammenprallen müssen. Mitbestimmung könne lediglich als Arbeiterkontrolle verstanden werden. In diesem Fall müßten die Informationsquellen maximal ausgenutzt werden. Die Informationen sollten zur Förderung der Eigenaktivität nach unten weitergegeben werden. Die Zustimmung zu Entscheidungen, die im Gegensatz zu Arbeitnehmerinteressen stehen, sollte verweigert werden. Doch scheine die deutsche Praxis völlig anders zu verlaufen. Die französischen Erfahrungen zeigten, daß die Gewerkschaften lediglich Tauschobjekte erhalten, denn die Unternehmen sind nicht zu einseitigen Zugeständnissen bereit, es sei denn unter massivem Druck des Arbeitskampfes. Als konkretes taktisches Ziel definiert Mandel, die Gewerkschaften aufzufordern, die Finger von allen profitbestimmten Entscheidungen in Unternehmen zu lassen. Ziel sei die maximale Ausnutzung der verfügbaren Informationen und Kontrollmöglichkeiten und Weitergabe der Informationen nach unten.

Mandel erinnerte an die Schwierigkeiten der belgischen Betriebsräte, die hinsichtlich der erhaltenen Informationen zur Geheimhaltung gegenüber den Arbeitnehmern im Betrieb und den Gewerkschaftsvertretern verpflichtet seien. Er verwies auch auf das Beispiel der Ange-

stellten der französischen Sparkassen, die eingesehen hätten, daß es unsinnig sei, sich an einem Generalstreik zu beteiligen, da dies zur mangelnden finanziellen Versorgung der Arbeitnehmer geführt hätte. Gleichermäßen hätte der Streik der Arbeitnehmer in der Untergrundbahn keinen Sinn im Rahmen einer längerfristigen Auseinandersetzung, weil damit beispielsweise Massendemonstrationen verhindert würden, für die Massentransportmittel eine wesentliche Voraussetzung seien.

Mandel stellte abschließend die Frage, ob nicht durch den Bruch vom Gesetz erzwungener Vorschriften langsam Veränderungen im System herbeigeführt werden könnten. Als Beispiel verwies er auf die Erfahrungen der französischen Bankangestellten, die Daten über wich-

tige Finanzschiebungen kennengelernt hatten. Leider sei es aber einem gaullistischen Abgeordneten im französischen Parlament vorbehalten geblieben, diese Frage im Parlament zu stellen und die Abschöpfungen von Schiebungsgewinnen zu fordern. Doch wie seien diese festzustellen? Dies sei nur durch Befragen der Beteiligten - welche Aussichtslosigkeit! - oder der Bankangestellten zu erreichen. Die Gewerkschaften sollten grundsätzlich keine derartigen gesetzlichen Beschränkungen akzeptieren, vielmehr diese gegebenenfalls unterlaufen, indem sie die Rolle ungebundener Organe der Selbstorganisation akzeptierten.

Mit einem Dank des Diskussionsleiters *Leminsky* schloß die ungemein lebendige Diskussion.